

*Die Grünen (Hrsg.): Ende der bleiernen Zeit. Versuch eines Dialogs zwischen RAF und Gesellschaft. Reihe: Argumente, 1989, 148 S.*

Die Diskussionen um und vor allem über die RAF hat nicht zuletzt durch die vor kurzem erfolgten Begnadigungen der ehemaligen Mitglieder der RAF Klaus Jünschke und Manfred Grasshoff (durch den Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz) sowie Angelika Speitel (durch den Bundespräsidenten) neuen Auftrieb erhalten. Die Grünen in Bonn haben „zehn Jahre nach dem Tod in Stammheim von drei ziemlich jungen Menschen und dem Tod eines älteren Menschen am Tag darauf an einem unbekannten Ort“ eine Fraktionssitzung „veranstaltet, um nach den offenen Fragen und politischen Lehren des ‚Deutschen Herbstes‘ zu fragen“ (S. 5). Parallel dazu wurde von Antje Vollmer und Martin Käsemann eine Initiative vorgestellt, die sich den „Dialog“ innerhalb der Gesellschaft über die RAF und die staatlich starke Reaktion auf diese sowie einen Dialog zwischen Gesellschaft und RAF zum Ziel gesetzt hat. Fragmente dieses Dialogversuchs sind in diesem Band abgedruckt. Da finden sich Beiträge von Biermann, Vollmer (gleich 5), Justizminister Engelhard, Generalbundesanwalt Rebmann sowie die „Erste (grüne, Anm. d. Rez.) Erklärung anlässlich des Hungerstreiks der RAF-Gefangenen“ und die Antwort der

Bundesregierung auf die Große Anfrage der Grünen bezügl. der staatlichen Reaktion auf den bundesdeutschen Terrorismus. Schließlich der (Uralt-)Artikel von Heinrich Böll zum freien Geleit für Ulrike Meinhof und ein Kurzauszug aus der Dokumentation der Bundesregierung zur Entführung der Lufthansamaschine „Landshut“ 1977. Dieser geballten „Dialogladung“ stehen vier Beiträge von tatsächlich Betroffenen gegenüber: Ronald Fritsch und Ralf Reinders (ehemals Bewegung 2. Juni), Adelheid Schulz (RAF), Lutz Taufer (RAF) und Brigitte Monhaupt (RAF). Steht auf der einen, dialogfordernden Seite, eine bürgerliche Euphorie über die Notwendigkeit und Machbarkeit von Veränderung im Bereich des „Terrorismus“, erfährt der Leser auf der Seite derjenigen, die elementarer Gegenpart im Dialog werden sollen, der RAF, die Gründe für die tiefen Gräben, die sich zwischen diesen beiden Gruppen auftun. Gerade der Beitrag von Fritsch und Reinders läßt die grundverschiedenen politischen Positionen klar hervortreten. Er belegt auch, daß auf der „grünen“ Seite ein eher positives Staatsverständnis das Denken und Handeln bestimmt, hingegen auf seiten derjenigen, die bewaffneten Kampf als einziges Mittel der Befreiung und Selbstbefreiung in dieser Gesellschaft sehen, gerade der Staat als Garant für diejenigen gesellschaftlichen Bedingungen gesehen wird, die bekämpft werden. Hierin liegt das Wertvolle dieses Bändchens. Es macht einerseits offen deutlich, wie wenig sensibel Teile der Grünen (und hierzu zählt Antje Vollmer) in der politischen Analyse der gesellschaftlichen Bedingungen in der Bundesrepublik sind. Diese Insensibilität wird bereits daraus ersichtlich, daß der Anlaß der Verhärtung der Fronten und der Konfrontation, als aus „einer vergangenen Zeit“ stammend gesehen wird (S. 27). Diese platte politische Analyse, ohne historische Betrachtung, folgt der alten Ideologie der Kämpfer für den innersten aller Frieden, daß schließlich die RAF für die massive Aufrüstung des Apparates verantwortlich sei. Eine Analyse der Geschichte des § 129a StGB (vgl. z.B. den Beitrag von Ingo Müller zum vorletzten Strafverteidigertag, in 12. Strafverteidigertag, Schriftenreihe der Strafverteidigervereinigungen, München 1989) zeigt bereits die Fehlerhaftigkeit dieser Grundthese. Will man diese These dennoch aufstellen, müßten die Begründungen schon etwas fundierter sein, um sie in der genannten Form aufrechterhalten zu können. Erschreckend ist auch der Mangel an Takt bei der Auswahl der Fotos, die ohne weitergehende Kommentierung in den Text eingefügt wurden. Eines zeigt den ehemaligen BKA-Präsidenten Boge vor der Tür eines Dienstzimmers, auf der ein lebensgroßes Poster von Adelheid Schulz zu sehen ist. Die Trophäe wird zum Sinnbild der Vernichtung stilisiert.

Als Fazit läßt sich festhalten: das Buch ist wichtig, weil es komprimiert die „grüne“ Position verdeutlicht. Sie bewirkt allerdings, daß die Dialogunwilligkeit wieder einmal der anderen Seite untergeschoben worden ist, die sich, und das ist nun wirklich allen bekannt, publizistisch nicht dagegen wehren kann. Wer einen ernsthaften Dialog mit der RAF will, und dieser kann wohl nur mit den inhaftierten Mitgliedern geführt werden, der sollte

1. die politische Analyse des Gegners zunächst einmal ernst nehmen, was, um es gleich zu sagen, nicht meint, die Mittel zur Umsetzung dieser Analyse zu akzeptieren, und 2. zunächst Bedingungen schaffen, die einen Dialog möglich machen. Das heißt für die Gefangenen: erheblich veränderte Haftbedingungen. Oder würden die Initiatoren sich etwa darauf einlassen wollen, nach zunächst erfolgter jahrelanger Isolation voneinander, in den unterschiedlichsten Teilen des Landes mit ihnen unbekannten Personen zu reden, ohne die Basis eines (unzensierten) gemeinsamen, persönlichen Austauschs ihrer Erfahrungen (schriftlich und mündlich) zu haben. Das aber sind die Rahmenbedingungen des angestrebten Dialogs. Nur sind nicht die Initiatoren davon betroffen, sondern diejenige Gruppe, die aufgrund der Bedingungen die schwächste von allen ist, von denen Dialogbereitschaft gefordert wird: die Gefangenen.

Der Verwirklichung von grüner, alternativer Politik und auch den Gefangenen wäre allerdings besser gedient gewesen, wenn zunächst einmal der (alte) Entwurf eines Gesetzes gegen unmenschliche Haftbedingungen in den Bundestag eingebracht worden wäre und die Bundestagsfraktion der Grünen sich, ohne Wenn und Aber, für eine Änderung der Haftbedingungen als Voraussetzung für einen Dialog eingesetzt hätte.

Helmut Janssen, Heidelberg